

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.01.2025
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal Haus Löwenstein, Haus Löwenstein

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Petra Perschon-Adamy	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Helga Efes	bis 19:22 Uhr
Alexander Gilson	
Yildiray Akin	
Dr. Nils Brodowski	
Ursula Epstein	
Robert Feron	
Paul Hamann-Hensell	
Dominik Hüsener	ab 18:10 Uhr
Sebastian Klick	
Ulrich Kusch	
Marcus Liebmann	
Karin Schmitt-Promny	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Sascha Laurijssens	

Gäste:

Herr Arnd Meyer, Landesbaubetrieb Straßen.NRW
Herr Carsten Seidel, ukafacilities GmbH, Uniklinik RWTH Aachen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2024	
3	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten	
4	Sachstandsbericht Endausbau Erschließung "Am Sandhäuschen" Es wird mündlich berichtet.	
5	Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw	FB 68/0138/WP18
6	Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG) Der Entwurf der kommunalen Wärmeplanung steht ausschließlich in ALLRIS zur Verfügung.	FB 36/0536/WP18
7	Haushaltsplanberatungen 2025	BA 5/0166/WP18
8	Sachstandsbericht zum Bauvorhaben "Neubau Zentral-OP Klinikum" Es wird mündlich berichtet.	
9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 -Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie-, hier: - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB - Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB - Empfehlung zum Satzungsbeschluss Die Anlagen stehen ausschließlich in ALLRIS zur Verfügung.	FB 61/1049/WP18
10	Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg –; hier: - Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB; - Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a (3) BauGB; - Empfehlung zum Satzungsbeschluss Die Anlagen stehen ausschließlich in ALLRIS zur Verfügung.	FB 61/1050/WP18
11	Behandlung von Anträgen Es liegen derzeit keine Anträge vor.	
12	Beantwortung von Anfragen Es liegen derzeit keine Anfragen vor.	
13	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung geändert beschlossen

Die Vorsitzende begrüßt die Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität Frau Burgdorff, Herrn Meyer vom Landesbaubetrieb Straßen.NRW, Frau Baginski vom Fachbereich Mobilität und Verkehr, Frau Hermanns vom Fachbereich Klima und Umwelt, die neue Leiterin des Bezirksamtes Frau Roosen, den Schriftführer Herrn Laurijssens, die Vertreter der Presse sowie die Zuschauer*innen. Sie verweist auf die nachträglich geänderte Reihenfolge der Tagesordnungspunkte, die einen reibungslosen Ablauf der Sitzung sowie einen Bericht aller Fachkolleg*innen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten ermöglichen soll. Die Bezirksvertretung Laurensberg stimmt der folgend genannten geänderten Reihenfolge der Tagesordnung einstimmig zu:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2024
- TOP 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten
- TOP 4 Sachstandsbericht zum Bauvorhaben „Neubau Zentral-OP Klinikum“
- TOP 5 Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw
- TOP 6 Sachstandsbericht Endausbau Erschließung „Am Sandhäuschen“
- TOP 7 Kommunale Wärmeplanung - Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG)
- TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie-, hier: Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB – Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB – Empfehlung zum Satzungsbeschluss
- TOP 9 Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg -, hier: Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a Abs. 4 BauGB – Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB – Empfehlung zum Satzungsbeschluss
- TOP 10 Haushaltsplanberatungen 2025
- TOP 11 Behandlung von Anträgen
- TOP 12 Beantwortung von Anfragen
- TOP 13 Mitteilungen der Verwaltung

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2024

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2024 ungeändert beschlossen

Die Vorsitzende erkundigt sich nach Anmerkungen der Mitglieder der Bezirksvertretung hinsichtlich der Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2024. Anmerkungen gibt es diesbezüglich keine.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Laurensberg genehmigt die Niederschrift vom 27.11.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen

Zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten

Herr W. erkundigt sich, ob die Tagesordnung dahingehend angepasst werden könne, dass die Fragen der Anwohnenden zur Straße „Am Sandhäuschen“ direkt im Anschluss an die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt „Endausbau Erschließung „Am Sandhäuschen““ gestellt werden könnten. Er vermutet, dass dadurch einige Fragen möglicherweise bereits im Vorfeld beantwortet würden. Die Vorsitzende verweist auf die Notwendigkeit der Einhaltung der bereits beschlossenen Tagesordnung.

Herr S. fragt, ob während der Baumaßnahme „Sanierung der DB-Brücke“ auf der Karl-Friedrich-Straße, die erwartungsgemäß als Abkürzung genutzt werde, zusätzliche Maßnahmen zur Wegesicherung vorgesehen seien. Er weist darauf hin, dass dort kein Gehweg existiere und die Straße von Schüler*innen genutzt werde.

Frau B. erkundigt sich, warum die Anregungen der Vetschauer Einwohner*innen zur Umleitungsstrecke im Rahmen des Bauvorhabens „Abriss der DB-Brücke Horbacher Straße“ nicht berücksichtigt worden seien. Zudem möchte sie wissen, ob die bestehenden Straßenschäden auf der Laurensberger Straße vor Beginn der Maßnahme behoben würden.

Herr F. stellt die Frage, ob die im Rahmen der Planung „Endausbau „Am Sandhäuschen““ vorgesehenen Stellplätze noch zeitgemäß seien - insbesondere in Bezug auf den Schutz des Baumbestands sowie den tatsächlichen Stellplatzbedarf. Er weist darauf hin, dass Anwohnende - für den Fall, dass die Vetschauer Straße als Schulstraße ausgewiesen und somit für den Individualverkehr gesperrt werden sollte - befürchten, dass Eltern die Straße „Am Sandhäuschen“ zum Parken nutzen könnten und es hierdurch zu gefährlichen Verkehrssituationen durch Park- und Wendemanöver kommen könnte.

Frau J. kritisiert die Positionierung der vorhandenen Absperrpfosten zwischen der Straße „Am Sandhäuschen“ sowie dem Verbindungsweg zur Vetschauer Straße. Durch die Positionierung der vorgenannten Pfosten sei die Wendemöglichkeit in der Straße „Am Sandhäuschen“ stark eingeschränkt. Sie regt daher an, die Pfosten leicht zu versetzen.

Frau S. verweist auf den Baumbestand in der Straße „Am Sandhäuschen“ und hebt zwei Bäume hervor, die sich auf einer Grundstücksgrenze befinden würden und somit die Eigentumsverhältnisse unklar seien. Sie bittet darum, diese zu erhalten, da sie Schatten spenden und zur Kühlung der Umgebung beitragen würden.

Herr W. möchte wissen, welche Maßnahmen zur Hochwasserabsicherung in der Straße „Am Sandhäuschen“ vorgesehen seien.

Frau T. erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur geplanten Elternhaltestelle am Schulzentrum „Hander Weg“.

Frau J. thematisiert die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Laurensberger Straße in Vetschau. Sie stellt fest, dass die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 30 km/h häufig nicht eingehalten werde und fragt nach möglichen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung. Sie schlägt beispielsweise das Aufstellen von Blumenkübeln, ähnlich wie in der Schurzelter Straße, vor.

Frau S. weist darauf hin, dass ihr Wohnhaus sehr nah an der Laurensberger Straße stehe. Sie befürchtet, dass ihr Wohnhaus durch die geplante Umleitungsstrecke beim Abriss der DB-Brücke verstärkten Erschütterungen ausgesetzt wäre. Sie fragt, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um ihr Haus vor Erschütterungsschäden zu schützen.

Herr S. erkundigt sich, welche Schritte er unternehmen könne, falls durch die zu erwartenden Erschütterungen während der zweijährigen Umleitungsstrecke Schäden an seinem Eigentum entstehen sollten.

Herr L. möchte wissen, ob die Pumpe in der Straße „Am Sandhäuschen“ auch nach dem Endausbau erhalten bleibe.

Frau T. fragt, wie verhindert werden könne, dass Eltern in die Straße „Am Sandhäuschen“ einfahren, um ihre Kinder zur angrenzenden Grundschule zu bringen bzw. abzuholen.

Herr G. möchte wissen, ob bei der Planung des Endausbaus der Straße „Am Sandhäuschen“ die Höhenverhältnisse in ausreichendem Maße im Sinne des Hochwasserschutzes berücksichtigt werde.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gestellten Fragen und erklärt, dass diese im Verlauf der Sitzung durch Frau Dr. Roder und Frau Baginski vom Fachbereich Mobilität und Verkehr sowie durch Herrn Meyer vom Landesbaubetrieb Straßen.NRW beantwortet würden.

Zu 4 Sachstandsbericht Endausbau Erschließung "Am Sandhäuschen" zur Kenntnis genommen

Frau Dr. Roder vom Fachbereich Mobilität und Verkehr wird von der Vorsitzenden begrüßt. Sie stellt den Sachstand zum Endausbau der Erschließung der Straße „Am Sandhäuschen“ anhand einer Präsentation vor und erläutert die geplanten Maßnahmen.

Neben der Straße „Am Sandhäuschen“ werde auch die angrenzende Laurentiusstraße überplant. Geplant seien Arbeiten an den Gehwegen, die Schaffung weiterer Stellplätze sowie die Erneuerung der dortigen Bushaltestelle. In der Straße „Am Sandhäuschen“ werde die Fahrbahn leicht verbreitert, um zusätzliche Stellplätze zu schaffen. Der Baumbestand solle erhalten bleiben. Zur genauen Erfassung werden der Bereich sowie der Baumbestand neu vermessen. Dabei werde auch geprüft, ob kranke Bäume gegebenenfalls entfernt werden müssen. Diese Überprüfung sei für Mitte 2025 vorgesehen, die Rodungsarbeiten sollen Ende 2025 beginnen. Der eigentliche Straßenbau sei für Anfang 2026 eingeplant. Die gesamte Bauzeit, einschließlich der Rodungsarbeiten, werde auf sieben Monate geschätzt.

Zur Frage der Höhenlage erläutert Frau Dr. Roder, dass diese im Zuge der Vermessung neu aufgenommen werde. Dabei werde auch der Wasserablauf geplant. Hierbei soll sichergestellt werden, dass kein Wasser von privaten auf öffentliche Flächen oder umgekehrt abgeleitet werde.

Den Vorschlag zur Versetzung der Absperrpfosten sowie die Frage zur Elternhaltestelle nehme sie auf und sichert eine schriftliche Rückmeldung zu.

Im Anschluss erkundigt sich Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) nach der Anzahl der geplanten Parkplätze und ob diese zwingend geschaffen werden müssen, da in dem Gebiet kein hoher Parkdruck bestehe. Frau Dr. Roder verweist auf den Bebauungsplan, der die Stellplatzanzahl vorgebe, stellt aber klar, dass eine Umplanung mit weniger Stellplätzen technisch möglich sei. Sofern dies politisch unterstützt werde, wäre eine Änderung der bisherigen Planung grundsätzlich möglich.

Die Vorsitzende regt an, eine Bürger*inneninformationsveranstaltung zu organisieren. Diesen Vorschlag unterstützt auch Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion), der sich für die Ausführungen bedankt und betont, dass die Finanzierung der Baumaßnahme im Haushalt gesichert sei. Er begrüßt, dass der Endausbau nun umgesetzt werde.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und hebt hervor, dass es erfreulich sei, dass die Anwohnenden den Wunsch geäußert hätten, weniger

Stellplätze zu schaffen. Sie sieht darin eine Chance, Fremdarker*innen fernzuhalten. Zudem freut sie sich darüber, dass die Maßnahme nun zeitnah umgesetzt werde und dass die Straße „Am Sandhäuschen“ als Spielstraße ausgewiesen worden sei.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob die Planungsunterlagen bereits öffentlich zugänglich sei. Frau Dr. Roder verneint dies, erklärt aber, dass sie in Abstimmung mit dem Bezirksamt prüfen werde, welche Unterlagen zur Veröffentlichung bereitgestellt werden können.

Herr Bezirksvertreter Hamann-Hensell (SPD-Fraktion) schließt sich der positiven Einschätzung seiner Vorredner*innen an und begrüßt die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme.

Abschließend führt Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) aus, dass vor einer möglichen Änderung des Bebauungsplans alle Beteiligten in die Entscheidung einbezogen werden sollten, um eine etwaige zeitliche Verzögerung des Endausbaus zu vermeiden. Zunächst solle abgewartet werden, welche konkreten Bedarfe / Anpassungen in der Bürger*inneninformationsveranstaltung ermittelt werden. Im Weiteren sei die angepasste Planung mit den notwendigen Beteiligten - auch im Hinblick einer etwaigen Änderung des Bebauungsplanes - abzustimmen.

**Zu 5 Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw
zur Kenntnis genommen
FB 68/0138/WP18**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Meyer vom Landesbaubetrieb Straßen.NRW, der den aktuellen Planungsstand anhand verschiedener Pläne erläutert.

Herr Meyer betont, dass sich die Bauzeit an den Sperrzeiten der Deutschen Bahn orientiere, die langfristig im Voraus festgelegt würden und nur schwer und mehrere Jahre im Voraus geändert werden könnten. Der Abriss der DB-Brücke sei für März 2026 geplant und falle in eine dieser Sperrzeiten. Die Fertigstellung des Neubaus sei erst in der folgenden Sperrzeit im Herbst 2027 möglich. Da Verzögerungen aufgrund der Bahnplanung zwingend vermieden werden müssten, zeigt sich Herr Meyer zuversichtlich, dass der Zeitplan eingehalten werden könne.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob es keine Möglichkeit gegeben habe, die Sperrzeiten näher aneinander zu legen, um Maßnahmendauer sowie die Beeinträchtigungen für die Anwohnenden zu reduzieren. Herr Meyer erläutert, dass Sperrzeiten in der Regel fünf Jahre im Voraus beantragt werden müssten. Da die Deutsche Bahn in dem Maßnahmenzeitraum eigene Arbeiten geplant habe, sei die Gelegenheit genutzt worden, den Brückenneubau in diesen Zeitraum zu integrieren.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bedankt sich für die Ausführungen und fragt, ob die von den Vetschauer Bürger*innen vorgeschlagenen Alternativen zur Umleitungsstrecke berücksichtigt werden können. Herr Meyer erklärt, dass dies aufgrund der vorhandenen Infrastruktur nicht möglich sei. Eine zusätzliche Ausfahrt von der A4 sei beispielsweise nicht realisierbar, da die Autobahn GmbH ein solches Vorhaben nicht umsetzen werde. Auch andere vorgeschlagene Umleitungsstrecken kämen für eine Umleitung nicht infrage, da sie für die zusätzliche Verkehrsbelastung nicht ausgelegt seien.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) fragt nach der Verlässlichkeit des Zeitplans. Herr Meyer stellt klar, dass die festgelegten Sperrzeiten der Deutschen Bahn keine Verzögerungen zuließen.

Weiterhin äußert Herr Kusch seine Besorgnis hinsichtlich etwaiger weiterer zeitgleicher Baumaßnahmen in Laurensberg, insbesondere im Rahmen des Ausbaus des Fernwärmenetzes sowie der Entwicklung des Campus West.

Frau Bezirksvertreterin Epstein (Fraktion Die Linke) erkundigt sich nach dem Zustand der von der Umleitung betroffenen Straßen und ob eine Instandsetzung der Umleitungsstrecke notwendig sei. Zudem möchte sie wissen, ob Instandsetzungsmaßnahmen vor Beginn der Baumaßnahme „Abriss DB-Brücke“ abgeschlossen sein werden und ob der Radverkehr sicher umgeleitet werde. Herr Meyer erläutert anhand einer Grafik die geplante Umleitung für Radfahrende und bestätigt, dass die Ertüchtigung der Umleitungsstrecke vorgesehen sei und noch vor Beginn der Bauarbeiten abgeschlossen werde.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) fragt, ob die neue Brücke so dimensioniert werde, dass perspektivisch ein drittes Gleis berücksichtigt werden könne. Herr Meyer erklärt, dass die Deutsche Bahn kein drittes Gleis plane, da dies aufgrund der örtlichen Platzverhältnisse nicht möglich sei.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich eines möglichen Bahnhalt punktes in Richterich. Er verweist darauf, dass die Deutsche Bahn hierzu unterschiedliche Aussagen getroffen habe. Der aktuelle Stand sei, dass der Haltepunkt kommen werde.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) spricht erneut die Umleitungsstrecke an und fragt, warum andere Routen nicht in Betracht gezogen worden seien. Er verweist auf die neun Vorschläge der Vetschauer Bürger*innen und betont, dass die Anwohnenden durch die geplante Umleitungsstrecke stark belastet seien.

Frau Baginski vom Fachbereich Mobilität und Verkehr erläutert, dass alle neun Vorschläge geprüft worden seien. Sie führt als Beispiel die vorgeschlagenen Einbahnstraßenregelungen (Laurensberger Straße bzw. Bochholtzer Straße) an und erklärt, dass solche Maßnahmen erfahrungsgemäß problematisch seien. Auch die Nutzung landwirtschaftlicher Wege sei nicht möglich, da diese für den Umleitungsverkehr nicht geeignet seien. Zumal enge Straßen eine Gefahr für zu Fuß Gehende und Radfahrende darstellen würden. Ampelanlagen würden zudem Rückstaus bis in Kreuzungen hinein verursachen. Die vorgeschlagenen Alternativen würden lediglich zu einer Verlagerung, aber keiner Lösung der Problematik führen.

Sie betont, dass Geschwindigkeitsmessungen geplant seien und die Möglichkeit bestehe, Messtafeln auf der Umleitungsstrecke zu installieren. Der Vorschlag, die Brücke „Gut Hand“ am Hander Weg für den fließenden Verkehr zu öffnen, sei nicht umsetzbar, da unklar sei, wohin Passanten und Radfahrende verlagert werden sollten. Die Brücke sei zu schmal, um sowohl den KFZ-Verkehr als auch den Fuß- und Radverkehr sicher aufzunehmen. Zudem handele es sich um einen Schulweg, dessen Verkehrssicherheit oberste Priorität habe.

Ferner erläutert Frau Baginski, dass der Zustand der Laurensberger Straße überprüft worden sei und notwendige Instandsetzungsmaßnahmen noch vor Baubeginn durchgeführt würden. Sie weist jedoch darauf hin, dass diese Arbeiten ebenfalls mit temporären Einschränkungen verbunden sein werden.

Zum Vorschlag, Blumenkübel zur Verkehrsberuhigung aufzustellen, erklärt Frau Baginski, dass diese Hindernisse im Sinne der Straßenverkehrsordnung darstellen, die entsprechend zu kennzeichnen seien. Sie sagte eine Prüfung zu.

Die Fragen zu möglichen Erschütterungsschäden an Häusern nimmt sie auf und sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bezirksvertreter Feron (CDU-Fraktion) fragt, ob ein Hinweis an die Anlieger*innen im Gewerbegebiet Avantis ausgegeben werden könne, damit diese verstärkt die Autobahn während der Baumaßnahme nutzen. Frau Baginski erklärt, dass die Umleitung das Gebiet Avantis nicht direkt betreffe und der Verkehr aus diesem Bereich voraussichtlich ohnehin über die A4 abgewickelt werde.

Frau Bezirksvertreterin Epstein (Fraktion Die Linke) regt an, die Verkehrssicherheit für Schüler*innen durch Bedarfsampeln zu erhöhen. Frau Baginski verweist darauf, dass an der Brunnenstraße Schülerlotsen für die Schulsicherheit im Einsatz seien.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) spricht sich dennoch für Bedarfsampeln aus und verweist auf die erfolgreiche Umsetzung von Blumenkübeln in der Schurzelter Straße. Zudem be-

tont sie, dass alle vorgebrachten Alternativen geprüft werden sollten. Sie schlägt vor, die niederländischen Behörden einzubeziehen, da die Sperrung auch den Grenzverkehr betreffe.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) führt aus, dass ortskundige Verkehrsteilnehmende sich eigene Routen suchen werden. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Verkehrssituation für die Anwohnenden der näheren Umgebung von Vetschau, die möglicherweise ebenfalls auf die Umleitung angewiesen seien. Es müsse geprüft werden, ob es für diese Gruppe alternative Lösungen gebe, um eine zusätzliche Belastung für Vetschau zu vermeiden.

Herr Bezirksvertreter Hamann-Hensell (SPD-Fraktion) fragt, ob die Umsetzung der Maßnahmen sowie die Entwicklung der Verkehrssituation während der Baumaßnahme vor Ort eng begleitet werde. Frau Baginski erklärt, dass dies im Rahmen der Vorschriften geschehe. Eine dauerhafte Überwachung sei jedoch nicht möglich, weshalb auch auf Hinweise und Eingaben der Bürger*innen gesetzt werde.

Frau Bezirksamtsleiterin Roosen verweist in diesem Zusammenhang auf die zusätzliche Möglichkeit, sich bei konkreten Problemen während der Baumaßnahme direkt an das Bezirksamt Laurensberg wenden zu können.

Die Vorsitzende schlug vor, eine Bürger*inneninformationsveranstaltung zu veranstalten, um die offenen Fragestellungen der Vetschauer Bürger*innen klären und mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit abschließend abstimmen zu können. Die Einwohner*innen aus Vetschau sowie Frau Baginski vom Fachbereich Mobilität und Verkehr stimmten dieser Vorgehensweise zu.

Beschluss (ungeändert beschlossen):

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG) ungeändert beschlossen FB 36/0536/WP18

Frau Hermanns vom Fachbereich Klima und Umwelt stellt die Ergebnisse der Potenzialanalyse sowie das Zielenario der Kommunalen Wärmeplanung im Bezirk Laurensberg vor. Grundlage ihrer Ausführungen ist die dieser Niederschrift beigefügte Präsentation.

Herr Bezirksvertreter Klick (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bedankt sich für die Ausarbeitung der Kommunalen Wärmeplanung, insbesondere für die frühzeitige Umsetzung. Er bedauert, dass eine vollständige Umsetzung bis 2030 nicht möglich sein werde.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) spricht ebenfalls seinen Dank für die Vorlage und Präsentation aus. Er gibt zu verstehen, dass er der Wärmeplanung grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehe. Die vorgestellte Planung überzeuge ihn jedoch nicht, da sie sich mit der Vielzahl bereits bestehender Baustellen im öffentlichen Raum nur schwer vereinbaren ließe. Zudem stelle sie eine zusätzliche Belastung und Beeinträchtigung für die Bürger*innen dar.

Herr Bezirksvertreter Liebmann (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) äußert Zweifel daran, dass die Bürger*innen durch die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung in besonderem Maße belastet würden. Vielmehr ermögliche sie den Eigentümer*innen, auf alternative Heizsysteme umzustellen. Darüber hinaus verweist er darauf, dass eine Verschiebung von Baumaßnahmen in der Regel nicht zu einer Verbesserung der Situation führe.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) dankt ebenfalls für die Vorlage. Er kritisiert, dass die Anzahl der Baustellen im Bezirk Laurensberg seit Jahren zunehme. Seiner Einschätzung nach liege der Fokus der Bürger*innen auf der Verkehrspolitik, nicht jedoch auf der Kommunalen Wärmeplanung und den damit verbundenen neuen Heizmöglichkeiten. Er bittet um konkretere Angaben zur Koordinierung der Baustellen, um eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

Frau Bezirksvertreterin Epstein (Fraktion Die Linke) erkundigt sich, ob eine Abstimmung der verschiedenen Baustellen zwischen den zuständigen Fachbereichen erfolge. Frau Hermanns bestätigt, dass geplante Baumaßnahmen grundsätzlich mit bereits bestehenden Maßnahmen koordiniert würden.

Beschluss:

Für die Bezirksvertretungen Aachen-Laurensberg

1. Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung aus bezirklicher Sicht zur Kenntnis.
2. Er empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den vorgelegten Entwurf der Wärmeplanung gemäß §13 Abs. 3 Wärmeplanungsgesetz, einschließlich der Ergebnisse zur Eignungsprüfung, Bestands- und Potenzialanalyse für die Dauer von 30 Tagen in die nach § 13 Abs. 4 Wärmeplanungsgesetz vorgeschriebene öffentliche Beteiligung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei **1** Gegenstimme und **3** Enthaltungen.

Anlage 1 250129_Laurensberg

**Zu 7 Haushaltsplanberatungen 2025
zur Kenntnis genommen
BA 5/0166/WP18**

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) führt aus, dass die CDU-Fraktion mit den Haushaltsplanberatungen einverstanden sei und betont die Wichtigkeit des Umbaus des Bezirksamtes in Laurensberg.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die bezirksbezogenen Haushaltsangaben sowie den Gesamthaushalt - unter Berücksichtigung der getroffenen Einzelentscheidungen - zur Kenntnis und empfiehlt den jeweiligen Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Aachen entsprechend zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Sachstandsbericht zum Bauvorhaben "Neubau Zentral-OP Klinikum"

Die Vorsitzende begrüßt Frau Burgdorff, Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität, ausdrücklich. Sie dankt ihr für die kurzfristige Bereitschaft, über den aktuellen Stand des Neubauprojekts „Zentral-OP“ am Universitätsklinikum Aachen zu berichten, da Frau Bekaam, Vertreterin des Klinikums, verhindert sei. Die Vorsitzende betont, dass das Bauvorhaben von hoher Brisanz sei und daher der heutige Bericht eine besondere Bedeutung habe.

Frau Burgdorff erläutert in ihrem Bericht die Tragweite des pausierten Verfahrens zum Bauvorhaben Zentral-OP. Sie hebt hervor, dass der Zentral-OP für die Leistungsfähigkeit des Universitätsklinikums und die Maximalversorgung der Bürger*innen entscheidend sei. Zwar betreffe das Bauvorhaben die Stadt Aachen nur mittelbar, da es sich um eine Maßnahme des Universitätsklinikums als Anstalt öffentlichen Rechts in Verbindung mit dem Land Nordrhein-Westfalen handele, jedoch hätte die Pausierung des Ausschreibungsverfahrens und somit des Neubaus

erhebliche Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung in Aachen und der gesamten Region.

Die Baudezernentin schildert den desolaten baulichen Zustand, in dem das Universitätsklinikum im Jahr 2019 vorgefunden worden sei, als die Stadt Aachen die Bauaufsicht vom Land übernommen habe. Seitdem sei mit vereinten Kräften zwischen Klinikumsleitung und Stadtverwaltung daran gearbeitet worden, die bauliche Situation zu verbessern.

In den vergangenen zehn Jahren sei die Planung für den Neubau des Zentral-OPs intensiv vorangetrieben worden - in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Aachen, dem Universitätsklinikum und dem Land Nordrhein-Westfalen. Um den Anforderungen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen, sei Planungsrecht für eine unterirdische Bauweise geschaffen worden. Frau Burgdorff würdigt an dieser Stelle die gute Zusammenarbeit zwischen der Bauordnungsbehörde der Stadt Aachen und den Verantwortlichen des Universitätsklinikums, wodurch die Genehmigungslage zügig geschaffen worden sei, um die Zukunftsfähigkeit des Klinikums und die Maximalversorgung sicherzustellen.

Allerdings habe das Land Nordrhein-Westfalen das Ausschreibungsverfahren für den unterirdischen Bau derzeit ausgesetzt, da die gestiegenen Baukosten das Projekt erheblich verteuerten. Daher werde nun geprüft, ob eine oberirdische Bauweise möglich sei. Hierbei stünden insbesondere denkmalpflegerische Bedenken im Raum, die noch geklärt werden müssten. Zudem würde eine Neuplanung eine neue Bauleitplanung auslösen, die erneut zusätzliche Zeit in Anspruch nehmen würde.

Frau Burgdorff schildert zudem die Herausforderungen, die sich im bisherigen Planungsverlauf ergeben hätten, und betont erneut die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum in den vergangenen Jahren. Sie hoffe, dass die Stadt Aachen auch weiterhin in die Planungen einbezogen werde, um die Interessen der Bürger*innen zu wahren. Derzeit befinde sich das Projekt in einer Phase der Ungewissheit, da die weiteren Schritte von den laufenden Gesprächen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Klinikum abhingen. Sie regt an, für eine der kommenden Sitzungen einen Vertreter des Universitätsklinikums einzuladen. Zudem werde in der Stadtratssitzung am 5. Februar 2025 eine Vorlage zu diesem Thema eingebracht.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) äußert seine Besorgnis hinsichtlich der Verzögerungen im Bauprozess und weist darauf hin, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten worden sei. Er kritisiert den derzeitigen Zustand des Geländes vor dem Klinikum als unbefriedigend, da bereits Bäume gefällt und Parkflächen entfernt worden seien, ohne dass mit dem Bau begonnen worden sei. Er befürchte, dass durch die gestiegenen Baukosten und eine mögliche Neuplanung weitere finanzielle Belastungen entstünden und sich der Bau um mehrere Jahre verzögern könnte. Zudem äußert er die Sorge, dass hochqualifiziertes medizinisches Personal das Klinikum aufgrund der unklaren Zukunftsperspektive verlassen könnte. Abschließend bittet er darum, dass die Bezirksvertretung zu einem möglichen Besuch von Ministerin Ina Brandes in Aachen eingeladen werde.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) stellt infrage, ob die Bezirksvertretung tatsächlich eine Priorität für die Beteiligten des Bauvorhabens habe, unterstützt jedoch grundsätzlich die Anmerkungen von Herrn Kusch. Sie erkundigt sich zudem nach möglichen kurzfristigen Lösungen, um die aktuelle Situation zu überbrücken, bevor eine endgültige Entscheidung über die Bauweise getroffen werde.

Frau Burgdorff erklärt, dass die Planungen des Landes abgewartet werden müssten. Übergangslösungen in Form provisorischer Bauten seien nicht realisierbar, da sie den laufenden Klinikbetrieb nicht in ausreichendem Maße sicherstellen könnten. Ein Scheitern des Bauvorhabens wäre aus ihrer Sicht mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden verbunden. Sie hebt in diesem Zusammenhang nochmals die qualitätsvolle Arbeit der Planer, sowohl seitens des Universitätsklinikums als auch auf städtischer Ebene, hervor.

Die Vorsitzende bedankt sich für die umfassenden Ausführungen und wünscht Frau Burgdorff und ihrem Team viel Erfolg bei den weiteren Planungen.

Zu 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 -Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie-, hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
ungeändert beschlossen
FB 61/1049/WP18

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Seidel der ukafacilities GmbH (Unternehmen der Uniklinik RWTH Aachen) und stellt ihn kurz vor.

Herr Seidel berichtet mündlich über das aktuelle Bauvorhaben des Neubaus der Psychiatrie in der Kullenhofstraße.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag und hebt die positive Planung hervor, besonders mit Blick auf die Ausschreibung des Projektes, welches zu einem guten Ergebnis bezüglich der angenehmen Optik des Gebäudes geführt habe.

Frau Bezirksvertreterin Epstein (Fraktion Die Linke) freut sich, dass es nun losgehe und möchte wissen ob für die zu fällenden Bäume eine Ersatzbepflanzung auf der Parkfläche der Feuerwache 3 am Campus Melaten ermöglicht werden könne. Herr Seidel führt aus, das dies nicht möglich sei, da dies kein Gelände der Uniklinik sei. Das eigene Gelände sei zudem zu klein, um eine Ersatzbepflanzung vorzunehmen. Es würden allerdings an anderen Stellen der Uniklinik Bäume geplant.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) möchte wissen, wann der Bau beginne. Herr Seidel betont, dass die die Planungen nach Zeitplan erfolgen würden. In diesem Frühjahr sollen die Ausschreibungen für die Baufirmen erfolgen, sodass Ende des Jahres mit dem Bau begonnen werden könne. Es fehlen aber noch die Zusagen der Finanzen vom Land. Hier könne es immer zu Verzögerungen kommen.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) ist erfreut, dass alles nach Plan laufe. Er kommt noch mal auf das Thema „Baustopp Neubau Zentral-OP“ zu sprechen. Herr Seidel erläutert, dass beide Projekte unabhängig voneinander zu betrachten seien.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg –; hier:
- Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB; - Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a (3) BauGB; - Empfehlung zum Satzungsbeschluss
ungeändert beschlossen
FB 61/1050/WP18

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Wortmeldungen gibt es keine.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 11 Behandlung von Anträgen

Es liegen keine Anträge vor.

Zu 12 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Bezirksamtsleiterin Roosen berichtet über ihre ersten Erfahrungen in ihrer neuen Funktion als Bezirksamtsleitung und betont, dass sie sich nun sukzessive in alle bezirklichen Themen einarbeiten und Sachstände zu noch offenen Anträgen der Bezirksvertretung erfragen werde. Ein besonderes Anliegen sei ihr, das Bezirksamt voranzubringen und für die Bevölkerung als erste Anlaufstelle zu etablieren.

Herr Bezirksvertreter Hamann-Hensell (SPD-Fraktion) bittet bei der Gelegenheit darum, die noch offenen Anträge der Bezirksvertretung zu prüfen.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) weist auch auf die diesbezügliche Liste hin und fragt, ob diese weiterhin der Bezirksvertretung zur Verfügung gestellt werden könne. Frau Roosen sicherte eine Prüfung der bisherigen Vorgehensweise sowie eine Berücksichtigung dieser Bitte zukünftig zu.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zeigt sich erfreut, dass Frau Roosen beim Bürgerforum am 28.01.2025 anlässlich des Bürgerantrages aus der Schurzelter Straße anwesend gewesen sei.

Frau Bezirksamtsleiterin Roosen und ihr Stellvertreter Herr Laurijssens würdigen ausdrücklich das große Engagement der Bürger*innen, die sich in hoher Zahl als Wahlhelfer*innen gemeldet haben - sogar über den tatsächlichen Bedarf hinaus.

Die Vorsitzende erinnert an die alljährliche Karnevalsveranstaltung der IG Laurensberger Vereine e.V. auf der Rathausstraße am 01.03.2025.

Herr Bezirksvertreter Feron (CDU-Fraktion) bedankt sich bei der Gelegenheit im Namen der IG Laurensberger Vereine e.V. für die Zuwendung aus den bezirklichen Mitteln.

Petra Perschon-Adamy
Bezirksbürgermeisterin

Sascha Laurijssens
Schriftführer

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin